

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 30

Heike Hänsel

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau
im Unterausschuss Vereinte Nationen

Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 27.2.2009

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

die Gesellschaften im Süden haben der **Weltwirtschaftskrise** am wenigsten entgegengesetzt. Auf dem Weltsozialforum haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihren Protest gegen die Politik, die in diese Krise geführt hat, und ihre Alternativen artikuliert und zu einem globalen Aktionstag am 28. März aufgerufen, an dem sich auch DIE LINKE beteiligen wird. Wir dokumentieren ab S. 2:

- Rede von Hüseyin Aydin (29.1.2009): Globale soziale Polarisierung erfordert strukturelle Veränderungen
- Kommentar von Heike Hänsel zum Weltsozialforum auf Linksfraktion.de (2.2.2009): „Wir zahlen nicht für eure Krise“
- Abgeordnetenspalte von Heike Hänsel im Schwäbischen Tagblatt (13.2.2009): „Unsoziale Krisenpolitik“
- Pressemeldung von Hüseyin Aydin (17.2.2009): Entwicklungshilfe contra Konjunkturpaket – FDP rührt die nationalistische Trommel
- Pressemeldung von Hüseyin Aydin (27.1.2009): Konferenz zur Nahrungsmittelsicherung – kein Anlass zum Optimismus

Der **Krieg in Gaza** hat vielen Menschen das Leben und den Überlebenden mal wieder Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung genommen. Konkret wurden dabei wichtige Infrastrukturen zerstört, die zuvor mit internationaler Hilfe aufgebaut worden waren. Wir dokumentieren ab S. 9:

- Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Antwort der Bundesregierung: Gaza-Krieg (27.2.2009)

Weitere Aktivitäten und Stellungnahmen unserer AG ab S. 19:

- Antwort der Bundesregierung auf die Schriftlichen Fragen von Heike Hänsel zu den Auseinandersetzungen um den Stahlwerkbau von ThyssenKrupp in Brasilien (27.2.2009)
- Pressemeldung von Hüseyin Aydin (9.2.2009): Madagaskar – Politische Lösungen müssen an den Ursachen der Krise ansetzen
- Pressemeldung von Hüseyin Aydin (28.1.2009): Ghana – Zerstörung der Waldgebiete muss verhindert werden
- Neue Broschüre von Heike Hänsel: „Frauen für Frieden und Gerechtigkeit – gegen Krieg und Unterdrückung – weltweit“ (10.2.2009)

Globale soziale Polarisierung erfordert strukturelle Veränderungen! Entwicklungszusammenarbeit ist aktive internationale Sozialpolitik

Die Zwischenbilanz bei der Umsetzung der UN-Millenniumziele fällt ernüchternd aus. Kohärente Entwicklungspolitik braucht eine stabile Finanzierung, aber auch gerechten Handel, die Regulierung der Finanzmärkte und die Demokratisierung der Finanzorganisationen. Rede von Hüseyin Aydin zur Regierungserklärung der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, am 29. Januar 2009 im Plenum des Bundestages:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Heute geht es um weit mehr als um die Entwicklungszusammenarbeit. Wir sprechen über die Gestaltung der Innen- und Sozialpolitik in der einen Welt, in der wir leben. Die Verwirklichung der Millenniumsziele ist nicht nur entwicklungspolitisch geboten, sondern von entscheidender Bedeutung für die regionalen Sicherheiten, den Frieden auf der Welt und das wirtschaftliche Miteinander der Weltgemeinschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Extremismus, Kriege und Gewalt können sich besonders gut dort entfalten, wo den Menschen politische, soziale und humanitäre Rechte verweigert werden. Wir brauchen daher die Überwindung der extremen globalen Polarisierung zwischen wenigen Reichen und vielen Armen.

Wie uns in diesen Tagen auf der italienischen Insel Lampedusa dramatisch vor Augen geführt wird, treibt der Ernst der Lage auf unserem Nachbarkontinent Afrika immer mehr Menschen in die Flucht. Obwohl die Fahrt über das Mittelmeer aufgrund der rigiden Abschottungspolitik der Europäischen Union jedes Jahr für Hunderte tödlich endet, treten sie diese Fahrt an, weil Hunger, Armut, Perspektivlosigkeit den Alltag in ihren Ländern prägen. Dieses Schicksal teilen sie mit anderen. Rund 1 Milliarde Menschen weltweit müssen mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag auskommen. 40 Prozent der Weltbevölkerung lebt von weniger als 2 US-Dollar am Tag.

Seit der Verabschiedung der Millenniumsziele ist mehr als die Hälfte der vorgesehenen Zeit verstrichen. Es wird schwer, sie bis zum Jahr 2015 umzusetzen; denn die Bilanz des Erreichten ist ernüchternd.

Das erste Millenniumsziel, die Zahl der Menschen in Armut zu halbieren, ist nicht mehr zu erreichen. Außerhalb Ostasiens sinkt die Armut viel zu langsam, besonders in Südasien und im subsaharischen Afrika. Auch bei der Kindersterblichkeit, die um zwei Drittel gesenkt werden soll, laufen wir unserem Vorhaben hinterher. Die Ausbreitung der Infektionskrankheiten ist längst nicht gestoppt. 40 Millionen Menschen leben mit HIV/Aids. 2004 starben 3 Millionen Aidskranke. Jedes Jahr sterben 1 Million Menschen an Malaria, davon 90 Prozent in Afrika. 80 Prozent der Malariatoten sind Kinder in Afrika.

Beim zweiten Entwicklungsziel, Grundbildung für alle, hat es durchaus Fortschritte gegeben; da stimme ich mit Ihnen überein, Frau Ministerin. Die Einschulungsrate wurde bis 2006 auf etwa 70 Prozent gesteigert. Doch die Herausforderungen bleiben enorm. Entscheidend ist das habe ich in Ausschusssitzungen immer wieder deutlich gemacht die

Qualität der schulischen Bildung und nicht nur die quantitative Erhöhung der Einschulungszahlen. Wenn 80 Kinder in einer Klasse sitzen und Gelder für Lehrmittel und Lehrpersonal fehlen, wundert es nicht, dass später viele dieser Kinder die Schule als Analphabeten verlassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem brechen vielerorts Kinder die Schule ab, weil Schulgebühren erhoben werden oder sanitäre Einrichtungen für Mädchen fehlen. Daher verstehe ich es nicht, dass gestern im Ausschuss der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur sanitären Versorgung durch die Koalitionsfraktionen abgelehnt wurde.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die NGOs haben uns vorgerechnet, dass der Beitrag der Bundesregierung zur Grundbildung weit hinter dem zurückliegt, was eigentlich erforderlich wäre. 2006 wurde für die Grundbildung gerade einmal 1 Prozent der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe eingesetzt. Das ist viel zu wenig; denn von besserer Bildung hängt die Verwirklichung der anderen Entwicklungsziele entscheidend ab.

Die Welt bleibt auch durch tiefe soziale Ungerechtigkeit geprägt. Jene rund 2,6 Milliarden Menschen weltweit, die täglich weniger als 2 US-Dollar pro Tag zum Leben haben, verfügen nur über 5 Prozent des globalen Einkommens. Die Reichsten der Welt hingegen das sind 20 Prozent besitzen über drei Viertel des globalen Einkommens. In Afrika ist die Situation am schlimmsten. Ein Drittel aller Menschen lebt hier in Armut. 1990 war es noch ein Fünftel.

Doch nicht nur in Afrika, sondern überall in der Welt vertieft sich der Graben zwischen Reich und Arm. Es ist darum gut und richtig, dass sich die Staatengemeinschaft mit den Millenniumszielen konkrete Vorgaben gegeben hat.

Doch Entwicklungszusammenarbeit muss besser finanziert werden, auch von Deutschland, das weiter hinter seinen Zusagen zurückbleibt. Aber mit mehr Geld allein werden die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Südens nicht überwunden werden. Dringend geboten sind strukturelle Veränderungen in den ungleichen Wirtschafts- und Handelsabkommen, eine Regulierung der Finanzmärkte im Sinne der Entwicklungsländer und die Demokratisierung der internationalen Finanzorganisationen.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich dies verdeutlichen. In Monterrey im Jahr 2002, in Paris im Jahr 2005 sowie zuletzt in Accra und in Doha versprochen die Geber, ihre Entwicklungspolitiken nicht länger von Wirtschafts- und Handelsinteressen konterkarieren zu lassen. Trotzdem kann man beim besten Willen nicht erkennen, dass die Entwicklung politisch kohärent ist. Ein Dauerbrenner ist hier die Landwirtschaft.

Jüngstes Beispiel: Die EU will 2007 die ausgesetzten Exporterstattungen für Milchprodukte wieder aufnehmen. Diese Politik ruiniert die Landwirtschaft im Süden; das darf nicht passieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern daher: Weg mit den Exportsubventionen für die europäische Landwirtschaft!
Besseren Marktzugang für die Produkte aus Entwicklungsländern!

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die letzte Nahrungsmittelkrise 2008 war auch ein Resultat der jahrzehntelangen Landwirtschaftspolitik und -förderung, die im Süden auf Exportorientierung setzt, anstatt sich auf den lokalen Bedarf zu konzentrieren. Zahlreiche Experten, unter anderem der Weltnahrungsmittelsicherheitsrat, betonen, dass stattdessen die Unterstützung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern entscheidend für die Nahrungsmittelsicherheit ist.

Wichtig sind darüber hinaus Landreformen. In vielen Ländern des Südens birgt die Landfrage erheblichen sozialpolitischen Sprengstoff. Unklare Rechtsverhältnisse und die ungebrochene Kommerzialisierung der Landwirtschaft führen zur Verdrängung kleiner einheimischer Produzenten und vor allem indigener Völker. Massive Landkäufe von Privatinvestoren und Regierungen aus der OECD-Welt, aus Asien und jüngst auch aus der arabischen Welt zur Deckung des eigenen Nahrungsmittelbedarfs oder für den Anbau sogenannter Biokraftstoffe haben die Landfrage vor allem in Afrika und Südamerika deutlich zugespitzt. Ob diese Konflikte gewaltsam oder demokratisch gelöst werden, hängt auch von den OECD-Staaten ab. Die Menschen Boliviens machten beispielsweise im Referendum am letzten Wochenende einen entscheidenden Schritt hin zu einer gerechteren Landverteilung.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Westen muss diese Entscheidung der Bolivianer und Bolivianerinnen respektieren und unterstützen.

Wir setzen uns für eine ökologische, nachhaltige und soziale Kehrtwende in der Landwirtschaftsförderung ein; denn Ernährungssicherheit ist die Grundlage für die dringend notwendige Diversifizierung der Wirtschaft in den Entwicklungsländern. Besonders die Länder Afrikas müssen weg von ihrer einseitigen Ausrichtung auf unverarbeitete Rohstoffe und Agrarexporte. Eine soziale und umweltverträgliche Industrialisierung ist die Voraussetzung für einen Ausweg aus den unfairen Handelsbeziehungen. Hierzu müssen bestehende Initiativen weiterentwickelt und die aggressive Marktöffnungspolitik der westlichen Staaten und Finanzinstitutionen korrigiert werden. Vor allem brauchen die Staaten des Südens Entscheidungsfreiheit in der Frage, wie sie ihre Volkswirtschaften in der Aufbauphase schützen wollen. Ihnen darf nicht über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU eine Liberalisierung aufgezwungen werden, die ihre Märkte zerstört und ihnen wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume entzieht.

(Beifall bei der LINKEN)

Im aktuellen kapitalistischen Wettbewerb gehen die Entwicklungsländer mit dem Fahrrad an den Start, während die Industriestaaten im Porsche sitzen. Das ist keine Marktwirtschaft. Das ist einfach unsozial.

(Beifall bei der LINKEN)

Die globale Finanzkrise hat auch die Schwellen- und Entwicklungsländer erfasst. Nur wenige wie China und Indien konnten diese abfedern. Mexiko geriet unter Druck und muss höhere Kredite beim IWF aufnehmen. Die zuletzt deutlich gesunkenen Rohstoffpreise bringen die Haushalte vieler Rohstoffexporteure im Süden in eine ernste Schieflage.

(Dr. Karl Addicks (FDP): Vor allem in Venezuela!)

Zudem sind eine Reduzierung der Entwicklungshilfe sowie der Abzug oder die Zurückstellung von Investitionen zu befürchten.

(Dr. Karl Addicks (FDP): Was ist mit Hugo Chávez?)

Vor diesem Hintergrund hat die Regulierung der Finanzmärkte höchste Priorität. Notwendig sind unter anderem ein Verbot der Nahrungsmittelspekulation, die Schließung der Steueroasen und die strenge Kontrolle von Private Equity Fonds sowie Hedgefonds. Es muss außerdem ein internationales Insolvenzrecht geschaffen werden, das zahlungsunfähigen Staaten eine Mitsprache einräumt. Illegitime Schulden müssen erlassen werden. Wer an Diktatoren oder korrupte Betrüger verleiht, soll nicht mit der Rückzahlung seiner Gelder rechnen dürfen.

Die Umsetzung dieser Forderung setzt die Demokratisierung der internationalen Finanzdienstleistungsinstitutionen voraus. Es kann nicht angehen, dass IWF und Weltbank von den OECD-Staaten dominiert werden, während die Entwicklungsländer die Zeche für deren verfehlte Politik zahlen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Nahrungsmittelkrise in Haiti ist dafür ein Beispiel. Über Jahrzehnte wurden auf Geheiß von Weltbank und IWF die Zölle gesenkt und Billigimporte ins Land geholt. Heute ist Haiti ein Nahrungsmittelimportland geworden.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, würden auch Sie freundlicherweise auf die Zeit achten?

Herr Präsident, ich komme zum Ende. Entwicklungspolitik ist kein Nebenschauplatz der internationalen Beziehungen. Sie hat eine zentrale Aufgabe bei der Gestaltung einer gerechten Weltordnung. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil einer internationalen Sozialpolitik, für die die Linke einsteht, Herr Müntefering.

(Beifall bei der LINKEN)

„Wir zahlen nicht für eure Krise!“

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, ruft dazu auf, sich von der Euphorie des Weltsozialforums in Belém anstecken zu lassen und sich jetzt auf den globalen Aktionstag gegen die Finanzkrise am 28. März vorzubereiten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des diesjährigen Weltsozialforums haben den 28. März zum globalen Aktionstag gegen die Finanzkrise ausgerufen: „Wir zahlen nicht für eure Krise“ – das soll am 28. März den Verursachern der Krise in Regierungen und Vorstandsetagen weltweit entgegengerufen werden. Während die Politiker und Wirtschaftsexperten, die sich in der letzten Woche auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos über die Weltwirtschaftskrise berieten, ratlos auseinander gingen, entfaltete das Weltsozialforum im brasilianischen Belém eine ungeheuer positive Dynamik und schaffte es, konkrete politische Vorstellungen zur Bewältigung der Weltwirtschaftskrise zu entwickeln. Das zeigt die Überlegenheit einer demokratischen und von den Betroffenen selbst entwickelten Diskussion gegenüber den so genannten Think-Tanks, in denen seit Jahrzehnten eine kapitalistische Elite eine auf Interessen Weniger ausgerichtete Politik entwickelt, die uns immer weiter in die Krise geführt hat. Dies demonstriert überdeutlich die von WTO-Chef Pascal Lamy in Davos erhobene Forderung, jetzt schnell die so genannte Doha-Runde zur weiteren Liberalisierung des Weltmarkts abzuschließen – als Garant für mehr Wirtschaftswachstum. Hier wird weiterhin ein "Altes Denken" praktiziert, das einem "Neuen Denken" für weltweite solidarische regionale Wirtschaftsansätze entgegensteht.

Lassen wir uns von der Euphorie von Belém anstecken: DIE LINKE unterstützt die bundesweiten Demonstrationen, die unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ am 28. März in Berlin und Frankfurt am Main stattfinden werden. Auch in Deutschland versucht die schwarzrote Bundesregierung, die Quittung für die von ihr und ihren rotgrünen und schwarzgelben Vorgängerregierungen politisch zu verantwortende Krise denjenigen zuzuschieben, die sowieso schon am stärksten unter der falschen Politik zu leiden haben: weil sie um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, weil sich ihre Arbeitsbedingungen immer mehr verschlechtern, weil die Privatisierung von sozialen Absicherungen und von wichtigen Einrichtungen der Daseinsvorsorge insgesamt Unsicherheit geschaffen hat. „Die Reichen sollen zahlen!“ fordert dagegen das Abschlussdokument des Weltsozialforums. Dafür tritt auch DIE LINKE in Deutschland ein. Wir fordern unter anderem eine fünfprozentige Millionärssteuer und eine Finanztransaktionsteuer.

Im globalen Maßstab sind die Menschen im Süden die größten Verlierer der Weltwirtschaftskrise. Sie haben bereits in den vergangenen Jahrzehnten unter der Entfesselung der Marktkräfte gelitten. Der Klimawandel, den wir hierzulande noch akademisch diskutieren, ist im Süden schon Realität und vernichtet Lebensgrundlagen für Millionen Menschen. In den letzten 30 Jahren mussten die Produzenten im Süden zusehen, wie ihre lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufe im Zuge der vom Norden durchgesetzten Handelsliberalisierung zusammenbrachen. Eine Milliarde Menschen hungern im Süden, weil die Struktur des Welthandels sie in eine tödliche Abhängigkeit getrieben hat. Agrarkonzerne kontrollieren, wer wann was zu welchem Preis zu essen

bekommt. Die Hungerrevolten im Frühjahr 2008 waren ein unmittelbarer Protest dagegen. Das Weltsozialforum hat diesen Protest aufgegriffen und politisiert. DIE LINKE unterstützt die Forderung des Weltsozialforums nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, nach einem demokratisch kontrollierten und nicht profitorientierten Weltfinanzmarkt, nach Stabilisierung der Wechselkurse, nach einer internationalen Steuerbehörde und nach umfassender Schuldenstreichung.

Das Weltsozialforum war ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Solidarität von unten gegen ein klimaschädliches, sozial ungerechtes und letztlich zerstörerisches Weltwirtschaftssystem und zu einer globalen Debatte über grundlegende Alternativen, an der sich DIE LINKE weiterhin beteiligen wird.

Kommentar, 13.2.2008

„Unsoziale Krisenpolitik“

Kolumne von Heike Hänsel im Schwäbischen Tagblatt vom 13.02.2009

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise fürchten auch immer mehr Tübingerinnen und Tübinger um ihren Arbeitsplatz und um soziale Sicherheit. Einige Tübinger Betriebe haben bereits Kurzarbeit angemeldet oder planen sie, wie im Fall der Walter AG Tübingen.

Für die Krise gibt es auch hier Verantwortliche: Die rotgrüne und die schwarzrote Regierung haben den Finanzmarkt in unverantwortlicher Weise dereguliert. Steuern auf Gewinne und hohe Einkommen wurden gesenkt und öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur privatisiert, um für die wachsenden Vermögen neue Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Die von dieser Politik profitiert haben, die Banken und großen Konzerne, werden weiterhin von der Politik bedient. Zulasten der Steuerzahler wurde ihnen ein milliardenschwerer Rettungsschirm aufgespannt. Die Finanzwirtschaft hat sich zum Jahresende dafür erkenntlich gezeigt: mit sechsstelligen Großspenden an Union, SPD und FDP.

Diejenigen aber, die bereits in den letzten Jahren den Gürtel immer enger schnallen mussten, sollen jetzt wieder hinten anstehen. Für eine dringend erforderliche, deutliche Regelsatzerhöhung für ALG-II-Bezieher ist angeblich kein Geld da – und auch nicht für eine anständige Bezahlung von Landesbeschäftigten. In den letzten Tagen und Wochen haben in Tübingen die Beschäftigten am Klinikum und an der Uni zu Recht gestreikt und gegen diese Schieflage protestiert. Ich unterstütze die Forderungen von Verdi in der laufenden Tarifeinmünderssetzung mit dem Land Baden-Württemberg.

„Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Unter diesem Motto beginnt am 28. März die internationale Aktionswoche gegen Krise und Krieg – mit zwei bundesweiten Demonstrationen in Frankfurt und Berlin. Neben Gewerkschafter/innen, Attac und anderen sozialen Bewegungen ruft auch DIE LINKE dazu auf. Der soziale Protest verknüpft sich mit dem Protest gegen die Nato, die Anfang April in Baden-Baden und Straßburg ihr 60-jähriges Bestehen feiert. Denn nicht nur der Bankenschirm ist teuer: Die Rüstung kostet jährlich weltweit über tausend Milliarden Dollar.

Statt in die notwendige soziale Sicherheit wird in eine vermeintliche militärische Sicherheit mit den Folgen von Krieg und Zerstörung wie zum Beispiel in Afghanistan investiert. Die Protestaktionen am 28. März gegen die unsoziale Krisenpolitik und am 4. April in Straßburg gegen eine Kriegspolitik der Nato bringen dies zum Ausdruck.

Entwicklungshilfe contra Konjunkturpaket – FDP rührt die nationalistische Trommel

„Westerwelle und seine Kollegen schlagen die nationalistische Trommel. Sie haben offenbar den globalen Charakter der Wirtschaftskrise in keiner Weise begriffen“, erklärt Hüseyin Aydin zu Versuchen der FDP-Spitze, Entwicklungshilfe und konjunkturpolitische Maßnahmen gegeneinander aufzurechnen.

Die FDP will ihre Zustimmung zum Konjunkturpaket II davon abhängig machen, dass ihre Forderungen parallel zur oder kurz nach der Verabschiedung des Pakets im Bundesrat umgesetzt werden. Was das bedeuten könnte, hat FDP-Chef Guido Westerwelle am vergangenen Freitag in der Bundestagsdebatte über das Konjunkturpaket II deutlich gemacht, als er erneut die Bereitstellung von 100 Millionen Euro für einen Infrastrukturfonds der Weltbank angriff, die den Entwicklungs- und Schwellenländern zugute kommen sollen.

„Westerwelle und seine Kollegen schlagen die nationalistische Trommel. Sie haben offenbar den globalen Charakter der Wirtschaftskrise in keiner Weise begriffen“, sagt Hüseyin Aydin. Der Obmann der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung warnt davor, Entwicklungshilfe und konjunkturpolitische Maßnahmen gegeneinander auszuspielen:

„Die Entwicklungsländer werden von den Beben an den Finanzmärkten, die in den Industriestaaten ihren Ausgang genommen haben, besonders betroffen sein. Das bedeutet zunehmenden Hunger, soziale Verelendung und Tod. Der FDP ist das anscheinend völlig egal, wenn sie die deutschen Grundschullehrer gegen die Entwicklungshilfe aufrechnet. Damit bedient sie den Wohlstandschauvinismus ihrer besser verdienenden Klientel und offenbart ihre außen- und entwicklungspolitische Inkompetenz.“

Konferenz zur Nahrungsmittelsicherung: Kein Anlass zu Optimismus

„Wenn es der Bundesregierung mit der Hungerbekämpfung und der Beseitigung der strukturellen Hungerursachen ernst ist, dann muss sie sich auf europäischer und internationaler Ebene weitaus stärker und glaubwürdiger für politische Maßnahmen einsetzen, die an den Krisenursachen ansetzen und über rein kosmetische Finanzspritzen hinausgehen“, so Hüseyin Aydin zum Abschluss der Konferenz über Lebensmittelsicherheit in Madrid. Der Obmann für DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung weiter:

„Hierzu gehört die Unterstützung des Aufbaus sozialer Systeme in den Staaten des Südens, die Korrektur der ungleichen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie die Einleitung einer ökologisch und sozial nachhaltigen Agrarwende. Die Konferenz in Madrid bietet hier keinen Anlass zu Optimismus, denn konkrete Zielformulierungen für strukturelle Maßnahmen standen nicht auf dem Programm.“

Damit ist zu befürchten, dass sich Madrid in die lange Reihe leerer Versprechen einreihet. So versprach die internationale Gemeinschaft unter dem Eindruck der akuten globalen Nahrungsmittelkrise, die zu Hungerunruhen und politischer Instabilität in vielen Entwicklungsländern führte, bereits auf dem Welternährungsgipfel 2008 in Rom entschlossenes Handeln. Doch die dort gemachten Mittelzusagen von 22 Milliarden US-Dollar wurden deutlich verfehlt. Weltweit werden die notwendigen Ausgaben zur Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit auf bis zu 40 Milliarden US-Dollar beziffert. Davon sind Industriestaaten und internationale Organisationen somit weit entfernt. Die strukturellen Probleme der Nahrungsmittelunsicherheit im Süden haben sie seither nicht ernsthaft bekämpft. So stieg die Zahl der Hungernden sogar weiter auf fast 1 Milliarde Menschen weltweit an.“

Gaza-Krieg

Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Norman Paech, Monika Knoche, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger und der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 16/11938) und Antwort der Bundesregierung

Fast genau ein Jahr nach der Nahost-Konferenz von Annapolis hat Israel am 27. Dezember 2008 seinen Krieg gegen Gaza begonnen. Die erste Bilanz der drei Wochen dauernden Militäroffensive ist erschreckend: Nach Angaben der UN vom 19. Januar 2009 wurden 1 340 Palästinenser und Palästinenserinnen getötet, darunter sind 460 Kinder und 106 Frauen. 5 320 Menschen wurden verletzt, darunter 1 855 Kinder, wobei ein Großteil der Verletzungen schwerwiegend ist. Doch täglich steigen die Zahlen immer noch. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass es sich bei der Hälfte aller Todesopfer um Zivilisten handelt. 90 000 Menschen wurden aus ihrem Zuhause vertrieben. Auf Israels Seite gab es 13 Todesopfer, davon sind 4 Zivilisten, und 183 Verletzte.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zeigte sich bei seiner Pressekonferenz anlässlich seines Besuchs im Gazastreifen zwei Tage nach Ausrufung des Waffenstillstandes entsetzt und schockiert über das Ausmaß der Zerstörung. Nach Angaben von Human Rights Watch und dem Ex-Pentagon-Experten Garlasco hat sich die israelische Regierung mehrerer Kriegsverbrechen in Gaza schuldig gemacht. Human Rights Watch hat mehrere Fälle dokumentiert, bei denen Frauen und Kinder umgebracht worden sein sollen. Nach Garlasco ist der massive Einsatz von konventioneller Artillerie in dicht besiedelten Wohngebieten ein weiteres Indiz dafür, dass Israel sich der Kriegsverbrechen schuldig gemacht hat. Israel stünden wesentlich präzisere Geschosse zur Verfügung, als die in Gaza eingesetzten.

Israel wird ferner vorgeworfen, in ihrer Militäroffensive Phosphorbomben verwendet zu haben. Nach internationalem Recht ist der Einsatz von Phosphor-Munition nur in offenem Gelände gestattet. Eine Fact-finding-Mission von Human Rights Watch hat im Gaza Streifen mit der Untersuchung der Vorwürfe begonnen. Bereits in den ersten Tagen haben HRW-Experten eindeutige Indizien dafür gefunden, dass die weißen Phosphor enthaltenden Geschosse auch in dicht besiedelten Stadtteilen und beim Beschuss des UN-Warenlagers in Gaza Stadt eingesetzt wurden.

Die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, fordert unabhängige und transparente Untersuchungen um Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zu ermitteln und Verantwortlichkeiten festzustellen. Ebenso verlangen der UNO-Sonderbeauftragte für das besetzte Westjordanland und den Gazastreifen, Richard Falk, und der Außenbeauftragte der EU, Javier Solana, unabhängige Ermittlungen.

Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) befinden sich in Gaza in den Ruinen, im Boden oder anderswo scharfe Bomben, Panzergranaten und Geschosse, die dringend entschärft werden müssen. Besonders gefährdet sind Kinder und Heranwachsende. Kürzlich wurden von Blindgängern im Osten von Gaza Stadt zwei Kinder in den Tod gerissen. Internationale Expertise und Unterstützung bei der sofortigen Entfernung aller Geschosse ist dringend notwendig, da in Gaza die finanziellen und technischen Mittel fehlen. Die Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (CCW) von 1980 sieht vor, dass die Vernichtung von nicht explodierender Munition Aufgabe der kriegführenden Parteien ist oder von ihnen bezahlt werden muss.

Nach Informationen der UNO sollen Hamas-Polizisten Hilfsgüter für die Zivilbevölkerung beschlagnahmt haben. Trotz des derzeitigen Waffenstillstands kann die Gewalt jeden Tag wieder von Neuem eskalieren, wenn die vitalen Interessen der palästinensischen Bevölkerung, die Blockade aufzuheben und endlich die Zweistaatenlösung auf Grundlage der Kernbeschlüsse der UNO umzusetzen, nicht dringend und ernsthaft angegangen werden. Nach dem Regierungswechsel in den USA und im Vorfeld der Neuwahlen in Israel sind verschiedene Friedensinitiativen, insbesondere auch durch den UN Sicherheitsrat selbst, unverzichtbarer Ausdruck der Verantwortung der Weltgemeinschaft für dauerhaften Frieden, Sicherheit und Entwicklung im Nahen Osten. Allerdings hat dauerhafter Frieden in der Region nur eine Chance, wenn die arabischen Anrainerstaaten, insbesondere Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien, in Friedensgespräche miteinbezogen werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass es sich bei der israelischen Militäroffensive und dem Bombardement des Gazastreifens um die Ausübung des Selbstverteidigungsrechts nach Artikel 51 UNO-Charta wegen palästinensischer Raketenbeschüsse handelt?

Wenn ja, wie beurteilt sie die Ausübung dieses Rechts durch Israel mit den nun offenbar gewordenen Folgen im Hinblick auf den völkerrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit?

Antwort: Die Bundesregierung respektiert das legitime Recht Israels, die eigene Bevölkerung zu schützen und das eigene Territorium zu verteidigen. Die Bundesregierung hat sich von Beginn der Kampfhandlungen am 27. Dezember 2008 an in intensiven Gesprächen mit den Akteuren in der Region, mit den USA und den europäischen Partnern und auf dem Wege einer intensiven Reisediplomatie für eine schnelle Beendigung der Gewalt eingesetzt. Dabei verfolgte sie den Ansatz, über eine schnelle Waffenruhe die humanitäre Notsituation zu beheben und den Weg für politische Lösungsansätze mit dem Ziel eines dauerhaften Waffenstillstands zu eröffnen. Mit Erreichen der Waffenruhe richten sich die Bemühungen der Bundesregierung neben der humanitären Versorgung derzeit auf das Erreichen eines dauerhaften Waffenstillstands und eine schnelle Wiederbelebung des politischen Prozesses. Mit den Schlussfolgerungen vom 26. Januar 2009 übernahm die Europäische Union den Politikansatz der Bundesregierung und einigte sich am 27. Januar 2009 auf einen entsprechenden Arbeitsplan. Die Prioritäten umfassen: Humanitäre Hilfe, effektive Unterbindung des Waffenschmuggels und kontrollierte Öffnung der Grenzübergänge, Wiederaufbau, Unterstützung des inner-palästinensischen Dialogs und Wiedereinstieg in den Friedensprozess.

2. a) Stimmt es, dass die Bundesregierung den Gaza-Streifen als nach wie vor von Israel besetztes Gebiet ansieht?

b) Wenn ja, teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass es sich zwischen Israel und den Palästinensern um einen internationalen bewaffneten Konflikt handelt?

c) Wenn nein, warum nicht?

Israel hat sich am 12. September 2005 nach 38 Jahren aus dem Gazastreifen zurückgezogen. Es übt jedoch weiterhin die Kontrolle über die Grenzen und Luftraum des Gazastreifens aus. Die Bundesregierung hält daher an der Auffassung fest, dass die Zivilbevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten dem Schutz des Humanitären Völkerrechts, insbesondere der IV. Genfer Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten,

untersteht. Dies gilt, solange Israel als militärische Besatzungsmacht effektive Herrschaftsgewalt über den Gazastreifen ausübt. Damit gelten nach Auffassung der Bundesregierung auch für die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas in Gaza die Vorschriften der IV. Genfer Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten.

3. Ist der Bundesregierung bekannt gewesen, dass der Waffenstillstand vom Juni 2008 spätestens im November 2008 von der israelischen Armee gebrochen wurde, als diese in den Gazastreifen eindrang und sechs Menschen tötete und die Kassam-Raketenabschüsse als Reaktion auf diese Gewalttat erfolgte?

Wenn ja, welche diplomatischen Anstrengungen hat sie angesichts dieser Vorkommnisse unternommen?

Am 19. Dezember 2008 erklärte die Hamas die am 18. Juni 2008 unter ägyptischer Vermittlung vereinbarte Waffenruhe mit Israel für beendet und nahm den intensiven Beschuss israelischen Staatsgebiets mit Raketen mit einer Reichweite von bis zu 40 km wieder auf. Bereits in den Wochen zuvor hatte sich die Waffenruhe als zunehmend brüchig erwiesen. Allein am 24. Dezember 2008 gingen über 60 Raketen und Mörsergeschosse auf israelischem Gebiet nieder. Ab dem 27. Dezember 2008 führte Israel Luftangriffe auf Ziele im Gazastreifen durch.

Am 4. November 2008 erfolgte nach Kenntnis der Bundesregierung eine Militäroperation der israelischen Armee (Israeli Defense Forces, IDF) nahe dem Grenzübergang Kissufim zur Zerstörung von Tunnelsystemen, die nach israelischer Darstellung zur Entführung von IDF-Soldaten durch Hamas genutzt werden sollten. Im Rahmen dieser Operation kamen sechs Hamasangehörige ums Leben.

Im Rahmen ihrer Bemühungen um eine dauerhafte Lösung in Nahost hat die Bundesregierung Wahrung und Verlängerung der Waffenruhe vom 18. Juni 2008 in allen Gesprächen mit ihren israelischen und palästinensischen Partnern thematisiert, mit besonderem Nachdruck in den Wochen vor der erneuten Eskalation um Gaza. Auch öffentlich suchte die Bundesregierung zu deeskalieren. Am 26. November 2008 forderte der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, eine sofortige Einstellung der Raketenangriffe und die Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Mit entsprechender Zielsetzung äußerte sich auch die Europäische Union in den Ratsschlussfolgerungen vom 8./9. Dezember 2008.

4. Wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung, trotz Vorwürfe unabhängiger internationaler Beobachter, Israel habe sich Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen im jüngsten Krieg im Gazastreifen schuldig gemacht, die Bildung einer Internationalen Kommission zur Untersuchung dieser Vorwürfe zu blockieren?

Die Bundesregierung hat stets betont, dass grundlegende Regeln des humanitären Völkerrechts auch in Gaza einzuhalten sind (siehe auch Antwort auf Frage 2). Eine Ermittlungskommission der Vereinten Nationen zur Untersuchung von Übergriffen auf VN-Einrichtungen und Operationen während des Gazakriegs hat am 12. Februar 2009 ihre Arbeit aufgenommen und wird nach Abschluss der Untersuchung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen berichten. Mit ihren Partnern in der Europäischen Union ist sich die Bundesregierung einig, dem Untersuchungsergebnis nicht vorzugreifen. Diese gemeinsame Haltung spiegeln auch die Ratsschlussfolgerungen vom 26./27. Januar 2009 wider: „Der Rat ermahnt alle Konfliktparteien, die Menschenrechte uneingeschränkt zu

achten und ihren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht nachzukommen, und er wird die Untersuchungen mutmaßlicher Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht aufmerksam verfolgen.“

5. a) Wird die Bundesregierung, auch im Rahmen der EU, eine Liste aller mit deutschen und EU-Hilfsgeldern aufgebauten Entwicklungsprojekte im Gaza-Streifen erstellen, die durch die israelischen Bombardierungen zerstört wurden? Wenn nein, weshalb nicht?
b) Wenn ja, wird die Bundesregierung und die EU dafür gegenüber der israelischen Regierung Schadensersatzforderungen erheben? Wenn nein, weshalb nicht?

Nach Informationen der Bundesregierung erstellt die EU-Kommission derzeit eine Schadensbilanz zu Entwicklungsvorhaben, die mit EU-Mitteln im Gazastreifen finanziert wurden. Diese wird auch die Schäden an Vorhaben der bilateralen deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit beinhalten.

Über ggf. mögliche weitere Schritte wird nach Abschluss der Untersuchung zu entscheiden sein.

6. Wie könnte nach Auffassung der Bundesregierung die israelische Regierung internationalem Recht folgend zur Verantwortung gezogen werden, wenn sich die Vorwürfe bestätigen, dass Israel in ihrer Militäroffensive Phosphorbomben verwendet hat?

Der Bundesregierung sind die Vorwürfe bekannt, wonach die israelische Seite Phosphorwaffen in völkerrechtlich unzulässiger Weise eingesetzt haben soll. Es ist wichtig, dass diesen Vorwürfen nachgegangen wird, die Gegenstand mehrerer Untersuchungen sind, darunter auch von israelischer Seite. Die Bundesregierung wird dieses Thema weiterhin verfolgen.

7. a) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den Einsatz uranhaltiger Munition durch die israelische Armee bei der Militäroffensive in Gaza vor?
b) Falls keine Kenntnisse vorliegen, wie gedenkt die Bundesregierung sich Kenntnisse zu verschaffen?

Nach Kenntnis der Bundesregierung liegen Belege für den Einsatz uranhaltiger Munition durch die israelische Armee während der Militäroffensive in Gaza nicht vor. Israel hat eine Untersuchungskommission eingerichtet, die u. a. die Frage des Einsatzes solcher Munition prüfen soll.

8. a) Was unternimmt die Bundesregierung, um die Öffnung der Grenzen nach Gaza durch die israelische Regierung zu erreichen, um die Versorgung der Menschen in Gaza mit lebensnotwendigen Gütern zu gewährleisten, die während der Blockade über die auch für den Waffenschmuggel genutzten Tunnel erfolgte?
b) Wie bewertet sie die US amerikanische Forderung nach Öffnung der Grenzen zu Israel?

Die Bundesregierung und die EU setzen sich nachdrücklich für eine ausreichende Versorgung des Gazastreifens mit humanitären Waren sowie für den Zugang von humanitärem Personal, Diplomaten und Journalisten ein. Im Jahr 2009 haben das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bereits 13,5 Mio. Euro für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Gazastreifen bereitgestellt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung plant darüber hinaus, noch

in diesem Jahr über den EU-Mechanismus PEGASE zur Aufrechterhaltung der Energieversorgung/Sozialer Infrastruktur in Gaza 20 Mio. Euro bereitzustellen. Vorgesehen ist zudem die Umsetzung von begrenzten entwicklungspolitischen Maßnahmen mit humanitärem Charakter, die der Bevölkerung direkt zugute kommen und der Herstellung normaler Lebensumstände dienen.

Die effektive Eindämmung des Waffenschmuggels ist zentrale Voraussetzung für einen dauerhaften Waffenstillstand. Die Bundesregierung hat Ägypten daher Unterstützung beim Grenzmanagement angeboten. Nach einer erfolgreichen deutschen Evaluierungsmission nach Ägypten Ende Januar entwickeln das Bundesministerium des Innern und das Auswärtige Amt derzeit ein maßgeschneidertes Angebot für die ägyptische Seite. Voraussetzung für die Stabilisierung der Lage im Gazastreifen und für die effektive Unterbindung des Schmuggels ist eine kontrollierte Öffnung der Grenzübergänge. Darin stimmen die EU und die neue US-Regierung überein. Die Bundesregierung und ihre Partner verfolgen deshalb einen Doppelansatz, indem sie in beiden Bereichen Unterstützung anbieten. Bezogen auf die Grenzübergänge bedeutet dies die Reaktivierung des „Agreement on Movement and Access“ von 2005 und Reaktivierung und ggf. Anpassung der EU-Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah (EUBAM Rafah). Die Bundesregierung und die EU werden in den nächsten Wochen und Monaten sehr eng mit der neuen US-Regierung, Quartett-Partnern und Partnern in der Region daran arbeiten, den politischen Prozess zu reaktivieren.

9. a) Was will die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass die Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (CCW) von 1980 vorsieht, dass die Vernichtung von nicht explodierter Munition Aufgabe der kriegführenden Parteien ist oder von ihnen bezahlt werden muss, unternehmen, damit Israel die Verpflichtung erfüllt?

Verantwortlichkeiten für die Räumung, Beseitigung oder Zerstörung explosiver Kampfmittelrückstände regelt Artikel 3 des Protokolls V des VN-Waffenübereinkommens über Bestimmte Konventionelle Waffen von 1980. Israel hat dieses Protokoll bislang nicht ratifiziert und ist daher an seine Regelungen nicht gebunden.

b) Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit von Israel Reparation für Gaza zu verlangen, um die Kriegsschäden zu beheben?

Grundsätzlich kommt eine völkerrechtliche Verantwortlichkeit eines Staates nur im Fall einer völkerrechtswidrigen Handlung dieses Staates in Betracht. Insofern wird auf die Antworten zu den Fragen 1 und 4 verwiesen.

10. Welche diplomatischen Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um das demokratische Recht der Pressefreiheit gegenüber Israel zu vertreten, damit während der Militäroffensive Journalistinnen und Journalisten Zutritt zum Gazastreifen erhalten?

Die Bundesregierung hat sich kontinuierlich und auf verschiedenen Ebenen dafür eingesetzt, dass Journalistinnen und Journalisten Zutritt zum Gazastreifen erhalten. Auch die EU hat dies stets nachdrücklich gefordert.

11. a) Welche Schritte sind für die Bundesregierung denkbar, um die Hamas zu einem politischen Prozess zu verpflichten, und deren politische Positionen gerade auch bezüglich Israel korrigiert zu bekommen?

b) Wenn sie weiterhin eine Einbeziehung der Hamas ablehnt, mit welcher Alternative?

Der Weg zu einer Friedenslösung in Nahost führt nach Auffassung der Internationalen Gemeinschaft über eine Zwei-Staaten-Lösung – mit Israel in sicheren und anerkannten Grenzen und mit einem lebensfähigen palästinensischen Staat, der in anerkannten Grenzen und gutnachbarlicher Beziehung zu Israel lebt. Dabei setzt die Bundesregierung gemeinsame mit ihren Partnern auf eine politische Lösung. Letztendlich wird nur eine glaubwürdige politische Einigung zu einem Ende der Gewalt und zu einem friedlichen Zusammenleben führen. Für eine dauerhafte Friedenslösung sind Fortschritte in der innerpalästinensischen Versöhnung unverzichtbar, und die Bundesregierung unterstützt die darauf gerichteten intensiven ägyptischen Vermittlungsbemühungen. Ziel ist die Bildung einer Übergangsregierung, die den Wiederaufbau des Gazastreifens koordinieren und Neuwahlen in den Palästinensischen Gebieten vorbereiten soll.

Ansprechpartner der internationalen Gemeinschaft ist die Palästinensische Autonomiebehörde unter Präsident Mahmoud Abbas. Die Hamas hat sich angesichts ihrer Ablehnung der Kriterien des Nahost-Quartetts, anhaltender terroristischer Angriffe auf israelische Bürger und israelisches Territorium und des gewaltsamen Putschs im Juni 2007 ins Abseits gestellt. Vor diesem Hintergrund lehnt die Bundesregierung direkte Gespräche mit Hamas ab und weiß sich in der Sichtweise mit ihren Partnern in der Europäischen Union einig (Entscheidung des Rates der Europäischen Union vom 10. April 2006, zuletzt bestätigt in den Ratsschlussfolgerungen vom 23./24. Juli 2007; Hamas befindet sich seit 12. September 2003 auf der EU-Liste der terrorismusverdächtigen Personen und Organisationen).

12. Welche Anstrengungen wird die Bundesregierung unternehmen, um auf den UN Sicherheitsrat und seine fünf ständigen Mitglieder einzuwirken, die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen und Ihres Sicherheitsrates durch- und umzusetzen?

Die Bundesregierung setzt sich in geeigneter Form für die Umsetzung aller Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ein. Sie ist hierzu, wie die Gesamtheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, gemäß Artikel 24 der Charta der Vereinten Nationen völkerrechtlich verpflichtet.

13. a) Wie will die Bundesregierung als Teil der EU im Nahostquartett stärker auf die Ausarbeitung und Umsetzung einer politischen Lösung Einfluss nehmen?

Die Wiederbelebung des Nahostquartetts und die Einbindung der Arabischen Liga gehen wesentlich auf deutsche Initiativen während der EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 zurück. Bei der Aufgabe, ein unterstützendes und förderliches regionales und internationales Umfeld für den Friedensprozess zu schaffen, wird das Nahostquartett weiterhin eine zentrale Rolle spielen.

Dabei wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass Lösungsansätze die Vielzahl der im Nahen Osten bestehenden Konfliktlinien berücksichtigen und die regionale Dimension ausreichend einbeziehen. Dabei kann die Bundesregierung auf den auf deutsche Initiative zurückgehenden EU-Arbeitsplan (vgl. Antwort auf Frage 1) vom 27. Januar 2009 und auf bereits zuvor etablierte, auch weiterhin ausschlaggebende Elemente aufbauen.

Die von der Bundesregierung initiierte EU-Aktionsstrategie für den Nahen Osten vom November 2007 bleibt Orientierungsgrundlage für gemeinsame und bilaterale Projekte mit

dem Ziel, bestmögliche Rahmenbedingungen für den Friedensprozess zu schaffen und die Voraussetzung für ein palästinensisches Staatswesen zu etablieren.

In der Kontinuität der Aktionsstrategie stehen u.a. die folgenden beiden von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen, die unvermindert fortgeführt werden:

Mit der Initiative „Zukunft für Palästina“ vom Januar 2008 setzt die Bundesregierung konkrete und schnell realisierbare Projekte in den Bereichen Bildung und Infrastruktur um, die der palästinensischen Bevölkerung bereits spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen gebracht haben.

Mit der Berliner Konferenz zur Unterstützung des palästinensischen Polizei- und Justizsektors, die am 24. Juni 2008 im Auswärtigen Amt stattfand, unterstützt die Bundesregierung den Aufbau effizienter rechtsstaatlicher Strukturen in den palästinensischen Gebieten und fördert Rechtssicherheit für die Bevölkerung. Mehr Sicherheit für Israel im Kontext der Roadmap-Verpflichtungen. Die Bundesregierung und ihr Partner treiben die Implementierung der Projekte mit Nachdruck voran.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit setzt einen Fokus auf schnell wirksame Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung der Palästinensischen Gebiete. Darüber hinaus leistet sie über die Förderung von staatlichen Institutionen auf kommunaler und zentraler Ebene sowie die Unterstützung der Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zum „state-building“, d.h. dem Aufbau eines unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen zukünftigen Staates Palästina.

b) Welche Rolle misst die Bundesregierung der Türkei zu, in diesem Konflikt im Sinne einer Lösung zu wirken?

Die Türkei hat sich in jüngster Zeit konstruktiv in den Friedensprozess eingeschaltet, sei es über die Vermittlung indirekter Gespräche zwischen Israel und Syrien, über eigene Vorschläge zu regionaler Sicherheitsarchitektur oder Beiträge zur palästinensischen Aussöhnung. Zugleich hat die türkische Regierung unterstrichen, dass sie die derzeitigen ägyptischen Vermittlungsbemühungen im innerpalästinensischen Dialog nachdrücklich unterstützt und ihnen bis auf weiteres Vorrang vor möglichen eigenen Aktivitäten einräumt.

14. Welche Anstrengungen wird die Bundesregierung unternehmen, um die arabischen Anrainerstaaten, insbesondere Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien, in die Friedensgespräche mit einzubeziehen?

Auf die Antworten zu den Fragen 1,8 und 13 a) wird verwiesen.

15. a) Was unternahm und unternimmt die Bundesregierung, um ihrer Verpflichtung aus der Resolution 1325 zum Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten im Gaza-Streifen nachzukommen?

Die Bundesregierung beteiligt sich an humanitären Hilfsmaßnahmen im Gaza-Streifen und berücksichtigt dabei die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen. Eine Verbesserung der Lage der Frauen im Gaza-Streifen, der Schutz ihrer Rechte und verbesserter Zugang zu Hilfsmaßnahmen wird vom Erreichen eines dauerhaften Waffenstillstands abhängen und kann dauerhaft nur im Rahmen einer umfassenden Friedenslösung gewährleistet werden. Die Bundesregierung ruft daher in bilateralen Kontakten und über ihre Mit-

arbeit in der EU die Parteien hierzu auf und unterstützt alle Bemühungen, die unternommen werden, um in der Region Stabilität, Frieden und Sicherheit zu erreichen.

b) Wie wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass der Schutz von Kindern und Frauen ein Schwerpunkt bei der zukünftigen Friedenssicherung wird, und wird sie die Beteiligung von Frauen für alle Bereiche der Friedenssicherung einfordern?

Die Bundesregierung betont sowohl in den Gremien der Vereinten Nationen als auch in der Europäischen Union die Bedeutung der Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen und hat an den dementsprechenden Richtlinien der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik aktiv mitgewirkt. Sie wird sich auch im Nahostfriedensprozess dafür einsetzen, die Belange von Frauen zu berücksichtigen und Frauen und Frauenorganisationen am Friedensprozess und an der Friedenskonsolidierung zu beteiligen.

c) Wird die Bundesregierung insbesondere die Beteiligung von israelischen und palästinensischen-überparteilichen Frauen-Friedensinitiativen, wie z. B. die Koalition für Frieden, an der Ausgestaltung und Umsetzung von Lösungsvorschlägen für den palästinensisch-israelischen Konflikt fordern?

Auf die Antwort zu Frage 15 b) wird verwiesen.

16. Ist der Bundesregierung bekannt, ob Israel die de-facto Kontrolle über die Gasvorkommen vor der Küste des Gazastreifens übernommen hat, und wenn ja, welches Konfliktpotenzial misst sie dieser Tatsache bei?

Vor der Küste des Gazastreifens sind Erdgasvorkommen bestätigt. Im November 1999 unterzeichnete British Gas ein Abkommen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde zur Exploration vor der Küste des Gaza-Streifens. Explorationsarbeiten im Jahr 2000 wiesen dann das Erdgasfeld Gaza Marine mit Reserven von ca. 30 bis 60 Mrd. m³ nach. Das Feld liegt im Ostteil des Gazastreifens an der Grenze zu Israel und setzt sich nach Israel fort (Noa-Feld auf israelischer Seite).

Ein im Mai 2002 von der Palästinensischen Autonomiebehörde genehmigter Plan zur Entwicklung des Feldes wurde bisher nicht umgesetzt. Laut British Gas vom Februar 2008 ist eine Förderung aus diesem Feld nicht vor 2012 vorgesehen.

Neben dem Gaza Marine-Feld ist vor der Küste des Gazastreifens ein kleineres Erdgasfeld (Or) mit geschätzten Reserven von ca. 3 Mrd. m³ bekannt.

17. Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung, die die Meldung der israelischen Presse (Haaretz 15. Januar 2009) bestätigen, dass bei den Waffenstillstandsverhandlungen von israelischer Seite versucht werden soll, die Palästinenser zu bewegen, auf ihre Rechte an den off-shore Gasvorkommen zu verzichten?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

18. Wie ist die Bundesregierung aktiv geworden, und was wird sie unternehmen, um Verletzungen des jetzigen Waffenstillstands zu verhindern, der zunächst von Gaza und danach von Israel aus erfolgte?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 und 8 wird verwiesen.

19. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Androhung der Hamas, die Raketenbeschüsse auf Israel nicht zu verhindern, solange die Blockade des Gazastreifens anhält, und welche Initiativen werden diesbezüglich von ihr ausgehen?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 und 8 wird verwiesen.

20. Ist die Hamas-Führung nach Kenntnis der Bundesregierung bei Öffnung der Grenzen nur zu einem befristeten oder zu einem dauerhaften Waffenstillstand bereit? Wie wird die eine bzw. andere Antwort von der Bundesregierung bewertet?

Nach Kenntnis der Bundesregierung strebt die Hamas einen befristeten Waffenstillstand an. Ziel der internationalen Gemeinschaft ist es, gemäß Resolution 1860 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen. Dies liegt nach Auffassung der Bundesregierung im Interesse der Menschen in der Region.

21. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Hilfsgüterbeschlagnehmung durch die Hamas, und welche Initiativen im Interesse der Zivilbevölkerung im Gazastreifen hat sie unternommen bzw. will sie diesbezüglich unternehmen?

Nach Angaben des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) konfiszierte die Hamas am 3. Februar 2009 Hilfsgüter (Mehr als 3 500 Decken und 400 Lebensmittelpakete) aus einem UNRWA-Lager. Am 5. Februar 2009 wurden erneut UNRWA-Hilfsgüter beschlagnahmt (200 Tonnen Reis und 100 Tonnen Mehl). UNRWA stellte daher am 6. Februar die Einfuhr von Hilfsgütern in den Gazastreifen ein. Nach Rückgabe der Güter nahm UNRWA den Import von Hilfsgütern am 9. Februar 2009 wieder auf.

Stahlwerkbau von ThyssenKrupp in Brasilien

Antwort der Bundesregierung auf Schriftliche Fragen von Heike Hänsel

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, Ihre Fragen:

In welcher Weise hat die Bundesregierung gegenüber ThyssenKrupp AG die Vorwürfe angesprochen, die Menschenrechtsorganisationen im Zusammenhang mit dem Stahlwerkbau an der Bucht von Sepetiba (Brasilien) gegen den deutschen Stahlkonzern erheben, insbesondere die Tatsache, dass bewaffnete Privatmilizen, die sich öffentlich als „Sicherheitskräfte der Stahlunternehmen“ bezeichnen, Aktivistinnen und Aktivisten, die friedlich gegen den Stahlwerkbau protestieren, einschüchtern und sogar mit dem Tod bedrohen, und zu welchen Erkenntnissen in der Sache ist die Bundesregierung dabei gelangt?

In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung, auf alle auf deutscher Seite Beteiligten einzuwirken, um die Konfrontation im Konflikt um den industriellen Komplex an der Bucht von Sepetiba zu entschärfen?

Kann die Bundesregierung definitiv ausschließen, dass die bewaffneten Milizen, die die friedlichen Gegnerinnen und Gegner des industriellen Komplexes einschüchtern und mit dem Tod bedrohen, im Auftrag der beteiligten Stahlunternehmen handeln, sei es im Rahmen formeller Verträge oder informeller Absprachen, und falls ja, aufgrund welcher Erkenntnisse schließt die Bundesregierung dies aus?

Welchen Handlungsbedarf und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung auf ihrer Seite, um dazu beizutragen, dass sich der Protest gegen den Stahlwerkbau ungestört von Bedrohungen und Einschüchterungen artikulieren kann?

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung steht mit den Verantwortlichen der ThyssenKrupp AG in Deutschland sowie über ihre Auslandsvertretungen in Brasilien mit den dortigen Repräsentanten der ThyssenKrupp AG im Gespräch über den Stahlwerkbau an der Bucht von Sepetiba. Auch mit lokalen Behörden ist über das Projekt gesprochen worden. Nach Kenntnis der Bundesregierung wird die Baustelle von einem Wachdienst gesichert, dessen Aufgabe auf das eigene Gelände begrenzt ist. Von der Existenz bewaffneter Privatmilizen ist der Bundesregierung nichts bekannt.

Die Bundesregierung wird die Entwicklung des Projektes weiter aufmerksam verfolgen.

Im übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/11358 vom 11. Dezember 2008 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen, Dr. Peter Ammon, Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Madagaskar: Politische Lösungen müssen an den Ursachen der Krise ansetzen

„DIE LINKE appelliert an die Konfliktparteien, die Lage nicht weiter zu eskalieren und die Vermittlungsangebote der UNO anzunehmen. Präsident Marc Ravalomanana muss sicherstellen, dass sich die Sicherheitskräfte zurückhalten. Die Regierung ist zudem aufgefordert, die massive Staatsgewalt der vergangenen Wochen gegen DemonstrantInnen gerichtlich aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Der Rücktritt der Verteidigungsministerin am Wochenende ist nur ein erster Schritt. Zugleich muss Oppositionsführer Andry Rajoelina seine demokratisch nicht legitimierte Selbsternennung zum Gegenpräsidenten des Landes widerrufen.“

Internationale Vermittlungsbemühungen müssen die politischen Konfliktursachen der Demonstrationen und der Regierungsgewalt adressieren, betont Aydin:

„Zu einer demokratischen und friedlichen Lösung der Krise gehört die Aufarbeitung ihrer Ursachen: Die Kritik der Opposition, die der Regierung Amtsmissbrauch und Korruption vorwirft, werden von unabhängigen BeobachterInnen bestätigt. Ein Beispiel ist die von der Regierung ohne Beteiligung der Öffentlichkeit eingefädelt Verpachtung von 1,3 Millionen Hektar Land an den südkoreanischen Konzern Daewoo, die die Ernährungssicherheit der Bevölkerung dauerhaft bedrohen würde. Dies ist von internationalen NGOs, der Opposition und auch vom Chef der UN-Ernährungsorganisation Jacques Diouf scharf kritisiert worden. Der Deal liegt zwar aufgrund der Krise auf Eis, doch die Regierung muss einen klaren Kurswechsel zu einer entwicklungsorientierten und nachhaltigen Landwirtschaft einleiten.“

Die Bundesregierung muss klar Position beziehen und politische Maßnahmen ergreifen, so Aydin:

„Auch die EU und die Bundesregierung, die multilaterale und bilaterale Entwicklungszusammenarbeit leisten, sind gefordert. Die EU setzte bereits vor der aktuellen Krise die Auszahlung von Budgethilfen an Madagaskar aufgrund mangelnder Transparenz aus. Deutschland fördert über die GTZ und andere Träger Maßnahmen zur ‚guten Regierungsführung‘. Dass die Bundesregierung zur aktuellen Lage schweigt, ist vor dem Hintergrund nicht hinnehmbar: Sie muss klar Position für eine ursachenorientierte Konfliktbearbeitung beziehen und muss – gegenüber der Regierung Madagaskars wie gegenüber externen Investoren – für eine soziale und nachhaltige Regierungspolitik im Sinne der örtlichen Bevölkerung eintreten, wenn sie glaubwürdig bleiben will.“

Ghana: Zerstörung der Waldgebiete muss verhindert werden

Heute wurde im Schweizer Davos parallel zum Weltwirtschaftsforum der Public Eye Award, eine Auszeichnung für „das übelste Unternehmen“, von internationalen Nichtregierungsorganisationen an die US-amerikanische Firma Newmont Mining verliehen. „Newmont erhält diesen Preis zu Recht. Die von dem Unternehmen in Ghana geplante Goldmine Akyem gefährdet durch den Eingriff in Waldschutzgebiete die Lebensgrundlage für Tausende Menschen in der Eastern Region des Landes. Es ist zu hoffen, dass die Umweltbehörde Ghanas den Lobbyversuchen der Industrie widersteht, die geltenden Gesetze durchsetzt und das Projekt nicht genehmigt“, kommentiert Hüseyin Aydin, Obmann für DIE LINKE im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Entscheidung der Jury.

Problematisch sei darüber hinaus, dass das Vorhaben ein Pilotprojekt des Business and Biodiversity Offset Programme (BBOP) ist. Das BBOP, an dem sich auch die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beteiligt, soll sicherstellen, dass Eingriffe in die Biosphäre durch die Erhöhung der Biodiversität in anderen Regionen ausgeglichen wird. „Die KfW muss sich fragen lassen, ob das BBOP tatsächlich zum Schutz der Biodiversität beiträgt oder ob es lediglich als Türöffner für Firmen wie Newmont fungiert“, meint Aydin.

Sollten die Planungen für die Goldmine tatsächlich umgesetzt werden, hätte das Aydin zufolge erhebliche negative Konsequenzen: „Das Vorhaben mit einer Gesamtgröße von knapp 2000 Hektar wird sich in das Waldschutzgebiet Ajenua Bepo erstrecken. 74 Hektar Wald sollen dort gerodet werden, doch die Folgen wird man auch in den angrenzenden Gebieten zu spüren bekommen. Die Pläne widersprechen sowohl den nationalen Gesetzen als auch dem Recht der lokalen Bevölkerung auf Zugang zu natürlichen Ressourcen. Darum dürfen sie nicht umgesetzt werden.“

NEU: Frauen für Frieden und Gerechtigkeit - gegen Krieg und Unterdrückung - weltweit

Dokumentation des Arbeitsschwerpunktes „Frauen und Frieden“

Heike Hänsel stellt Partnerinnen für eine konsequente Friedenspolitik vor: Malalai Joya und Zoya (Afghanistan), Silvia Lazarte und Silvia Rivera (Bolivien), Gloria Cuartas (Kolumbien), Assabah Khan (Kaschmir/Indien), Jane Nalunga (Uganda) und Inna Michaeli (Israel). Hänsel im Vorwort: „Als Friedensaktivistin im Parlament – was kann man da bewirken? Diese Frage, die mir in den letzten drei Jahren oft gestellt wurde, habe ich so beantwortet: Ein Mandat erschließt neue Möglichkeiten, neben der parlamentarischen Arbeit, FriedensaktivistInnen in Krisenregionen zu unterstützen, die sich unter schwierigsten Bedingungen für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen. Genau das habe ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion DIE LINKE versucht umzusetzen. Mit diesem Heft möchte ich dokumentieren, mit welchen Frauen eine solche Zusammenarbeit aufgebaut werden konnte.“

Diese Beispiele zeigen, dass es in allen Krisen- und Kriegsregionen, gesellschaftliche Kräfte gibt, die Widerstand leisten gegen Krieg, Menschenrechtsverletzungen, neoliberale Handelspolitik und Umweltzerstörung. Dies sind auch konkrete Ansatzpunkte für DIE LINKE eine konsequente Friedenspolitik von unten zu entwickeln, die selbstbestimmte zivile Konfliktlösungen in Kriegsregionen befördern kann. Interessant war die Erfahrung, daß die meisten AktivistInnen ihren Widerstand international definiert haben, also sich als Teil einer globalen Bewegung begreifen, die gegen die Militarisierung der Politik, Machteliten, Konzerne und für globale soziale, ökologische Rechte kämpft. Für diese beeindruckenden



Frauen haben wir versucht, Öffentlichkeit herzustellen, ihre Kämpfe bekannt zu machen und teilweise auch durch Besuche in der Krisenregion gefährdeten AktivistInnen „internationalen Schutz“ zu gewähren. Die Entschlossenheit und der Mut dieser Frauen haben uns tief beeindruckt und für die politischen Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb des Parlaments viel Kraft gegeben.“

Abgeordnete der Fraktion Die Linke in Jerusalem mit den „Frauen in Schwarz“ bei ihrer wöchentlichen Mahnwache gegen Krieg und Besatzung im April 2007

Die Broschüre steht zum Download bereit unter:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7714498686.pdf>

Ein Ausdruck kann im Büro der Abgeordneten Heike Hänsel (Kontaktdaten, siehe Impressum) bestellt werden.

Weiterhin bestellbar:

Afrika und DIE LINKE

Entwicklungspolitische Perspektiven europäisch-deutscher Afrikapolitik

Mit der aktuellen Broschüre „Afrika und DIE LINKE“ legt die Fraktion DIE LINKE ihre Grundzüge für eine linke, solidarische Afrikapolitik vor. Vor dem Hintergrund einer kritischen Analyse der Politik des Westens zeigt die Broschüre für wichtige Politikbereiche wie beispielsweise Landwirtschaft, Wirtschaftspolitik und Konfliktbearbeitung alternative Strategien einer solidarischen Afrikapolitik und Entwicklungszusammenarbeit auf.

Die Studie ist hier abrufbar:

- Webseite von Hüseyin Aydin: www.hueseyin-aydin.de
- Webseite der Fraktion DIE LINKE:
<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7716923487.pdf>

Mit Sicherheit keine Entwicklung – die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit

Die von Heike Hänsel und der Fraktion DIE LINKE in Auftrag gegebene Studie von Jürgen Wagner (IMI Tübingen) zeigt, wie die Umdeutung von Entwicklungspolitik als Beitrag zu Stabilisierung, Nation Building und (militärischer) Sicherheit vorangetrieben wird. Immer mehr Gelder der Entwicklungszusammenarbeit werden weg von der Armutsbekämpfung hin zu sicherheitspolitischen Maßnahmen umgeleitet. Die Studie ist auf der Website der Linksfraktion abrufbar und kann im Büro von Heike Hänsel bestellt werden:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7783260956.pdf>

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179
Fax: 030 227 – 76 179
heike.haensel@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Dr. Birgit Bock-Luna
Dr. Alexander King
Christine Scherzinger
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen:
Heike Hänsel MdB
Am Lustnauer Tor 4
72074 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiter/in:
Traudel Horn-Metzger
Frederico Elwing
heike.haensel@wk.bundestag.de

Regionalbüro Freiburg:
Heike Hänsel, MdB
Bürogemeinschaft Freiburger Linke
Greiffeneggring 2
79098 Freiburg

Telefon: 0761 – 45 10 292

Mitarbeiter/in:
Dr. Susanne Hartmann
Dr. Peer Villwock
freiburg@heike-haensel.de

Homepage: www.heike-haensel.de

Entwicklungspolitische Referentin der Fraktion DIE LINKE: Annette Groth

Telefon: 030 – 227 52 802
Email: annette.groth@linksfraktion.de

Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491
Fax: 030 – 227 76 491
hueseyin.aydin@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Björn Aust
Ruben Eberlein
Kim Weidenberg

Wahlkreisbüro in Duisburg:
Hüseyin-Kenan Aydin MdB
Mülheimer Str. 57
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiter/innen:
Martina Ammann-Hilberath
Ali Güler
Werner Wirtgen
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

Homepage: www.hueseyin-aydin.de